



ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald **Dezember 2024**

Guten Tag!

Deutsche sind wieder auf "Glückskurs" lautete kürzlich das Ergebnis einer Umfrage. Das widerspricht deutlich einer Studie der „Hans-Böckler-Stiftung“, die Anfang November feststellte, dass mit wachsender Ungleichheit unten bei den Menschen bald gar nichts mehr übrig bleibt, und die Sorgen zunehmen.

Millionen Menschen leben am Existenzminimum, wo am 20. Tag des Monats das Geld zum Leben aufgebraucht ist und deren Kinder hungrig in die Schule gehen. Die wurden offensichtlich nicht befragt.

Die Abstiegsängste reichen inzwischen bis hoch in die obere Mittelschicht hinein. Fast die Hälfte ihrer Angehörigen plagt die Sorge den erreichten Lebensstandard nicht halten zu können.

Die Preise für Strom, Gas, Heizöl oder Lebensmittel sind stark gestiegen, wie jede Familie schmerzlich feststellt, während Renten, Löhne und Gehälter hinterherhinken.

Doch das ist nicht alles! Renten-, Pflege- und Gesundheitsbeiträge sollen auch kräftig steigen, und die Sozialsysteme für die Menschen werden ausgedünnt. Großzügig hat sich die Ampel an den Sozialkassen bedient. Die Pflegekassen wurden durch zusätzliche Coronamaßnahmen mit sechs Milliarden Euro unzulässig geplündert, und die Regierung zuckt mit den Achseln, statt den Betrag an die Pflegekasse zurückzuerstatten. Auch Gesundheitsminister Karl Lauterbach scheut nicht den Griff in unsere Beitragskassen.

Seine, mit 50 Milliarden Euro veranschlagte Krankenhausreform, soll zur Hälfte von der Gesetzlichen Krankenversicherung bezahlt werden. Private werden verschont. Einer von vielen Skandalen!

Wo bleibt der Protest, wenn unsere Milliarden an Steuermitteln verpulvert werden! Es fehlt bei den Jüngsten an Kindergartenplätzen und Erziehungspersonal. Es fehlt an Lehrern und viele Schulen sind marode. Viele Krankenhäuser stehen vor der Schließung. Die Wege für die ärztliche Versorgung werden somit immer länger. Der Öffentliche Nahverkehr ist unzureichend und teuer, und das Deutschland-Ticket wird in Frage gestellt.

Die Deutsche Bahn wird ausgedünnt und privatisiert, und wird ihrer gesellschaftlichen Aufgabe schon lang nicht mehr gerecht. Die Infrastruktur, von Schienen, Strassen, Brücken etc. werden auf Verschleiß gefahren, und die Kommunen sind unterfinanziert oder pleite.

Während all die aufgehäuften Problem und Versäumnisse mit unseren Steuergeldern behoben werden könnten, werden die Milliarden in Hochrüstung und Militär gesteckt.

Leute wacht endlich auf und lasst Euch das nicht gefallen!

R. Weber

Auf dem Weg zum Krieg

Der Verteidigungsminister Boris Pistorius, der angeblich beliebteste deutsche Politiker, will unsere Gesellschaft bis 2029 auf einen Krieg mit Russland vorbereiten. Bundeskanzler und CDU-Opposition stoßen ins gleiche Horn und verbreiten die Lüge, dass der russische Präsident Putin Angriffs- und Eroberungspläne gegen Deutschland und die EU hegt. Das wollte der Journalist Florian Warweg von den „Nachdenkseiten“ auf der Bundespressekonferenz am 17. April 2025 genau wissen und fragte nach Quellen für derartige Unterstellungen.

Diese konnten und wollten die angesprochenen Regierungssprecher nicht benennen. (Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=114030>).



Protestplakat Hirsch-Apotheke in Michelstadt

Anerkannte Fachleute, wie der ehemalige NATO-Generalinspekteur Harald Kujat halten eine solche Bedrohungslage, angesichts der mehr als 4-fachen Rüstungsausgaben der NATO ohne die USA, gegenüber denen Russlands, für realitätsfern.

Wäre aber an dieser Bedrohungslage durch Russland auch nur ein Quäntchen Wahrheit, dann müsste man von verantwortungsbewussten Politikern in der Regierung schnellstens diplomatische und friedensstiftende Aktivitäten verlangen. Gilt es nicht, Schaden vom Volk abzuwenden?

E. Schnatz

Im Gedenken

Am 15. Januar 1919 wurden die beiden Führer, der erst zwei Wochen zuvor gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin ermordet. Daran wird alljährlich, am zweiten Sonntag im Januar, in eindrucksvollen Demonstrationen zu den Gräbern der Sozialisten auf dem Friedhof Berlin Friedrichsfelde erinnert.



Seit 1996 findet jedes Jahr am zweiten Samstag im Januar die Rosa Luxemburg Konferenz statt, und auch Odenwälder nehmen daran teil. Teilnahmemöglichkeiten können erfragt werden.



Gegen Israels Blutvergießen und die Mithilfe der BRD

Am 17. und 18. September explodierten im Libanon Tausende von Pagern und drahtlosen Funkgeräten, die im Verlaufe der Lieferkette mit Sprengstoff versehen worden waren. Dies führte zum Tod von 37 Menschen, darunter auch Kinder. Mehr als 3.250 Menschen wurden

verletzt. Diese Geräte befanden sich unter anderem bei Mitarbeitern von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, die sie für Notfälle verwendeten. Daran, dass dieser Terroranschlag vom israelischen Geheimdienst Mossad organisiert und durchgeführt wurde, bestehen keine Zweifel mehr. Die israelische Regierung hat dies durch ihren Kriegsminister Gallant praktisch zugegeben. Dass ein solcher Angriff ohne Kenntnis entsprechender Stellen in den USA geplant wurde, erscheint sehr unwahrscheinlich.

Dieser Terroranschlag ist vor dem Hintergrund des Genozids durch die israelische Besatzungsarmee in Gaza zu sehen, bei dem schon mehr als 43.000 Menschen getötet wurden. Auch die Angriffe Israels auf den Libanon haben seit Oktober 2023 schon zu mehr als 700 Toten geführt. Am 20. September führte zuletzt ein Schlag der israelischen Luftstreitkräfte auf die libanesische Hauptstadt Beirut zu mindestens 31 Toten und 68 Verletzten.

Der israelische Terroranschlag steigert die Gefahr eines umfassenden Kriegs im Nahen Osten enorm, was sicher auch eines seiner Ziele ist. Die Bundesregierung hat bisher keine Stellung zu der Frage bezogen, ob es sich um einen Terroranschlag handelt, geschweige denn ihn verurteilt. Am 18. September enthielt sich die BRD bei der Abstimmung einer Resolution in der UN-Generalversammlung, die mit einer überwältigenden Mehrheit ein Ende der israelischen Besatzung forderte. Die imperialistischen Unterstützer der israelischen Kriegspolitik, darunter auch die Bundesregierung, sind mitverantwortlich für das Blutvergießen und die Kriegsgefahr.

Die DKP ist solidarisch mit dem palästinensischen Volk und seinem jahrzehntelangen Kampf. Wir fordern ein sofortiges Ende des Völkermords in Gaza, ein Ende der israelischen Besatzungs- und Kriegspolitik, nicht nur in Palästina, sondern auch im Libanon. Die DKP ist solidarisch mit der Bevölkerung und den antiimperialistischen Kräften des Libanon, die unter israelischen Angriffen und Terror leiden und durch diese eingeschüchtert werden sollen.

Wir unterstützen unsere Schwesterpartei, die Libanesische Kommunistische Partei, die zu Aktionen und zur Unterstützung von Gesundheits- und Sozialorganisationen im Libanon aufruft.

DKP

***V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt
E-Mail reinhold-fertig@t-online.de***